

HEINRICH
AUGUST
WINKLER

WEIMAR

1918–1933 *Die Geschichte
der ersten
deutschen
Demokratie*



C·H·Beck

Reichskanzler abzurücken. Hertling, nunmehr parlamentarisch isoliert, zog die Konsequenzen und reichte seinen Rücktritt ein, den der Kaiser am 30. September annahm.[16]

Der anschließende Übergang zur ersten parlamentarischen Regierung in Deutschland war freilich nicht das alleinige Werk der Mehrheitsparteien. Ausschlaggebend war vielmehr, daß Ende September 1918 auch der Erste Generalquartiermeister Erich Ludendorff, seit 1916 zusammen mit dem Generalfeldmarschall von Hindenburg, Chef der Obersten Heeresleitung, eine Parlamentarisierung für erforderlich hielt. Die militärische Situation der Mittelmächte war mittlerweile hoffnungslos: Seit dem 8. August 1918, dem „schwarzen Tag“ von Amiens, wußte auch Ludendorff, daß die feindliche Übermacht nicht mehr zu schlagen war; am 14. September bot Österreich-Ungarn den Westmächten auf eigene Faust Friedensverhandlungen an; am 29. September nahm ein anderer Verbündeter, Bulgarien, die Waffenstillstandsbedingungen der Entente an. Am gleichen Tag überzeugte Ludendorff Wilhelm II., daß Deutschland so rasch wie möglich ein Waffenstillstands- und Friedensangebot an den amerikanischen Präsidenten Wilson richten müsse. Die Verantwortung hierfür sollte jedoch nicht die Oberste Heeresleitung, sondern eine von den Mehrheitsparteien des Reichstags getragene Regierung übernehmen.

Sein Eintreten für die Parlamentarisierung verband Ludendorff mit einer Dolchstoßlegende: „Ich habe S. M. (= Seine Majestät) gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu danken haben, daß wir soweit gekommen sind. Wir werden also diese Herren jetzt in die Ministerien einziehen sehen. Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muß. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben.“[17]

Hertlings Nachfolger, Prinz Max von Baden, war bisher weder als Anhänger des parlamentarischen Systems noch als Befürworter der Friedensresolution vom Juli 1917 hervorgetreten. Er war von Politikern der Fortschrittlichen Volkspartei als Reichskanzler ins Gespräch gebracht worden und fand schließlich, da keiner der zunächst in Aussicht genommenen Parlamentarier das Amt antreten wollte, die widerwillige Zustimmung des Interfraktionellen Ausschusses. Den Sozialdemokraten fiel die Hinnahme dieser Lösung besonders schwer. Der Fraktionsvorsitzende Philipp Scheidemann, der sich am 23. September noch nachdrücklich für eine Mehrheitsregierung mit Beteiligung der SPD ausgesprochen hatte, meinte am 2. Oktober, es könne den Sozialdemokraten nicht zugemutet werden, daß ein Prinz an der Spitze des Kabinetts stehe, und es sei unangebracht, im Augenblick der schlimmsten Verhältnisse eine Verantwortung zu übernehmen, die die Partei wohl kaum zu tragen in der Lage sei. Es war Friedrich Ebert, der mit einem Appell an das Verantwortungsbewußtsein der Sozialdemokratie die große

Mehrheit der Fraktion schließlich dazu brachte, dem Eintritt in das Kabinett des Prinzen Max zuzustimmen.[18]

Eine andere Entscheidung war zu diesem Zeitpunkt auch schwer denkbar. Durch ihre Regierungsbeteiligung konnte die SPD hoffen, die doppelte Gefahr einer Militärdiktatur und einer dadurch ausgelösten Revolution zu vermeiden und den Weg zu einem Verständigungsfrieden zu ebnen. Der Entschluß der Sozialdemokraten lief auf den Versuch hinaus, das Nahziel des Friedens nicht nur unter den Vorzeichen des monarchischen Staates, sondern auch unter dem derzeit regierenden Staatsoberhaupt zu erreichen. Ob dieser Versuch gelingen würde, hing freilich von einer Reihe innen- und außenpolitischer Faktoren ab, auf die die SPD und ihre bürgerlichen Verbündeten keinen oder nur einen sehr geringen Einfluß hatten.

Die erste Amtshandlung des am 3. Oktober gebildeten neuen Kabinetts war eine Note an Präsident Wilson, die unter dem massiven Druck der Obersten Heeresleitung noch in der Nacht zum 4. Oktober abgesandt wurde. Darin bat Deutschland um Verhandlungen über einen Waffenstillstand. Der amerikanische Präsident hatte sich durch seine „Vierzehn Punkte“ vom Januar 1918 als Anwalt eines gerechten Friedens zu erkennen gegeben. Auf seine wiederholten Erklärungen gründete sich die Hoffnung, ein parlamentarisch regiertes Deutschland werde günstigere Friedensbedingungen aushandeln können als der bisherige Obrigkeitsstaat. Wenn Kanzler und Kabinett dennoch zögerten, dem Drängen des Militärs nachzugeben, dann hatte das einen triftigen Grund: Die überstürzte Bitte um Waffenstillstand war ein Eingeständnis der unabwendbaren Niederlage, das die Moral des Feldheeres schwächen und die Entente ermutigen mußte, die Front noch weiter in Richtung Deutschland vorzuschieben.

Die endgültige Antwort des amerikanischen Staatssekretärs Lansing vom 23. Oktober, Ergebnis langwieriger Beratungen mit den Alliierten, war geeignet, verbliebene Illusionen zu zerstören: Sie verlangte die militärische Kapitulation des Reiches und, in kaum verschlüsselter Form, die Abdankung des Kaisers. Die Oberste Heeresleitung vollzog nun eine neuerliche Kehrtwendung. Sie stellte sich ganz auf den militärischen Ehrenstandpunkt, erklärte die Forderung nach Kapitulation für unannehmbar und forderte das Feldheer am 24. Oktober in einem Rundtelegramm an die Truppenführer zum Weiterkämpfen auf – nach Lage der Dinge also zu einem Kampf bis zum Untergang.

Die Reichsleitung hatte gar keine andere Wahl, als diese gezielte Herausforderung massiv zu kontern. Am 25. Oktober forderte Prinz Max den Kaiser auf, entweder durch einen „Personenwechsel in der Obersten Heeresleitung das Ende der Doppelregierung“ herbeizuführen oder ihn, den Reichskanzler, zu entlassen. Wilhelm entschied sich für eine halbe Lösung. Am 26. Oktober mußte Ludendorff seinen Abschied nehmen; Hindenburg, der andere Chef der OHL, blieb

hingegen im Amt. Am gleichen Tag verabschiedete der Reichstag jene Änderungen der Reichsverfassung von 1871, die notwendig waren, um Deutschland in eine parlamentarische Monarchie zu verwandeln. Am 28. Oktober trat das Gesetz zur Abänderung der Reichsverfassung in Kraft.

Doch das parlamentarische System stand auf tönernen Füßen. Ludendorffs Entlassung beendete nicht die Doppelherrschaft von ziviler Reichsleitung und militärischer Führung. Der Armeebefehl vom 24. Oktober war lediglich der Auftakt zu weiteren Versuchen, die Verhandlungen über einen Waffenstillstand und damit zugleich die parlamentarische Monarchie zum Scheitern zu bringen. Am 29. Oktober, einen Tag nachdem er das verfassungsändernde Gesetz unterzeichnet hatte, verließ Wilhelm II. auf Anraten Hindenburgs Berlin und begab sich ins Große Hauptquartier im belgischen Spa. „Über die Bedeutung dieses Schrittes kann es keinen Zweifel geben“, urteilt der Historiker Wolfgang Sauer. „Im ersten Augenblick mag es sich dabei nur um eine Instinktreaktion gehandelt haben, mit der die Hohenzollernsche Monarchie in der Stunde der Gefahr wieder zu ihren militärischen Ursprüngen zurückstrebte. Aber der Schritt bedeutete zugleich, daß die alten Gewalten nun das soeben mühsam geknüpft Band der Volksregierung zerrissen und sich auf den unbesonnenen Versuch eingelassen hatten, die alte Militärmonarchie wiederherzustellen.“

Noch massiver wurde die zivile Reichsleitung durch die Seekriegsleitung herausgefordert. Der Befehl zum Auslaufen der Hochseeflotte, der am 30. Oktober erging, hatte zwar die Zustimmung des Kaisers, nicht aber die des Reichskanzlers erhalten. Was immer eine, in jedem Fall verlustreiche Seeschlacht mit englischen Verbänden zu diesem Zeitpunkt militärisch noch bewirkt haben würde, die politische Zielsetzung des geplanten Flottenvorstoßes war eindeutig: Es ging der Seekriegsleitung darum, die Machtverschiebung im Innern rückgängig zu machen und dem Militär wieder zu jener beherrschenden Stellung zu verhelfen, auf die es einen historischen Anspruch zu haben meinte.

Man mag darüber streiten, ob die Parlamentarisierung Deutschlands im Oktober 1918 eine „Revolution von oben“ war. Da die Reichstagsmehrheit zu dieser Wendung aktiv beigetragen hatte, geht es nicht an, in den Verfassungsänderungen lediglich den Vollzug einer Weisung Ludendorffs zu sehen. Aber ebenso sicher ist doch, daß der starke Mann des deutschen Militärs an dieser Entwicklung einen entscheidenden Anteil hatte. Insofern kann man in dem Systemwechsel ein in sich widersprüchliches Ergebnis von parlamentarischen Reformbestrebungen einerseits, einer von der OHL ausgelösten „Revolution von oben“ andererseits sehen. Die Versuche von Armeeführung und Seekriegsleitung, diese Entwicklung zu revidieren, setzten in dem Augenblick ein, als klar wurde, daß die Parlamentarisierung viel weiterreichende Folgen haben würde, als Ludendorff sie Ende September ins Auge gefaßt hatte. Die Aktivitäten zumindest von Teilen des

Militärs liefen ab Ende Oktober auf nichts Geringeres als den Versuch einer Gegenrevolution hinaus. Mit dem Kaiser an der Spitze hofften die Frondeure, das Blatt in der Heimat noch einmal wenden zu können. Wenn der Krieg fürs erste auch nicht mehr zu gewinnen war, so vielleicht doch ein Bürgerkrieg, der als Kampf gegen die drohende Bolschewisierung Deutschlands geführt wurde.[19]

Gemäßigtere Militärs setzten darauf, daß Reichsleitung und Reichstagsmehrheit einen energischen Kampf gegen den Bolschewismus ebenfalls für unvermeidbar hielten und sich in diesem Anliegen mit der Obersten Heeresleitung treffen würden. In der Kabinettsitzung vom 5. November erklärte der württembergische General Wilhelm Groener, Ludendorffs Nachfolger in der OHL und von seinem Naturell her alles andere als ein Scharfmacher, es sei seine und Hindenburgs Gesamtauffassung: „Der schlimmste Feind, dessen das Heer sich zu erwehren hat, ist die Entnervung durch die Einflüsse der Heimat, ist der drohende Bolschewismus.“ Niemand widersprach. Der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann, der dem Kabinetts als Staatssekretär ohne Portefeuille angehörte, versicherte sogar ausdrücklich, auch er wünsche, daß die Front gehalten werde und intakt bleibe, und der Bolschewismus erscheine ihm jetzt als die größere Gefahr als der äußere Feind.

Im Gegensatz zu Groener aber waren Scheidemann und mit ihm die Sozialdemokratie mittlerweile der Meinung, daß sich der Kampf gegen den Bolschewismus nur dann erfolgreich würde führen lassen, wenn der Kaiser abdankte. Wilhelm II. galt nicht nur in der Arbeiterschaft als das Haupthindernis des Friedensschlusses. Bereits am 31. Oktober konnte Scheidemann im engeren Kriegskabinetts feststellen, eigentlich habe sich auch in Bürger- und Bauernkreisen kein Verteidiger für den Kaiser gefunden, und was ihn am meisten überraschte, sei die Stellungnahme des Beamtentums: „Ich hätte nie für möglich gehalten, daß diese Leute so glatt umfallen.“ Zwar verwies der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Adolf Groeber, in der gleichen Sitzung auf Resolutionen aus seiner Partei, die sich für Kaiser und Dynastie ausgesprochen hätten. Aber sein Parteifreund Karl Trimborn, seit Anfang Oktober Staatssekretär des Reichsamtes des Innern (und damit, da es „Reichsminister“ nicht gab, Leiter dieser Behörde), unterstützte Scheidemann mit der Bemerkung, die Strömung in der öffentlichen Meinung, die die Abdankung verlange, habe ungemein zugenommen.

Innerhalb der Reichstagsmehrheit waren es vor allem Sozialdemokratie und Fortschrittliche Volkspartei, die unter dem Eindruck der amerikanischen Note vom 23. Oktober auf den Thronverzicht des Kaisers wie auch des politisch stark belasteten Kronprinzen drängten. In der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 5. November erklärte Ebert, nicht mehr das Kaisertum sei das einigende Band, sondern die Demokratie. Für einen freiwilligen Rücktritt sei es noch nicht zu spät; allerdings erfordere die Lage, daß man etwas nachhelfe. „Wenn man die

Dinge laufen läßt, dann gehen wir dem Untergang entgegen.“ Der Abgeordnete der Fortschrittlichen Volkspartei, Otto Wiemer, wünschte ebenfalls die freiwillige Thronentsagung Wilhelms und seines ältesten Sohnes. Das entspreche der Stimmung vor allem in Süddeutschland. In Preußen allerdings könne auch eine starke Gegenbewegung einsetzen. „Das kommt um so eher, wenn militärische Kreise sich dahinterstellen. Das ist nicht ganz leicht zu nehmen. Das gibt den Bürgerkrieg. Das muß jetzt unter allen Umständen vermieden werden.“

Für die Sozialdemokraten war die Forderung nach der Abdankung Wilhelms II. und dem Thronverzicht des Kronprinzen ein Stück Realpolitik. Sie stellten damit einen sehr viel weiterreichenden Programmpunkt, die Errichtung der Republik, auf absehbare Zeit zurück. Der „Vorwärts“ begründete am 5. November den Vernunftmonarchismus der SPD mit einem nüchternen Ausblick in die überschaubare Zukunft. Die Sozialdemokratie sei, so schrieb das Zentralorgan, „eine grundsätzlich demokratische Partei, die aber – siehe Bebel – auf die bloße Form der repräsentativen Spitze bisher nie entscheidenden Wert gelegt hat. Die Aussicht, sich in einer jungen Republik vielleicht dreißig Jahre lang mit royalistischen Don Quichotes herumschlagen zu müssen und dadurch notwendige innere Entwicklungen gestört zu sehen, gehört ja auch nicht zu den angenehmsten.“ Und noch am 6. November versicherte Ebert dem Nachfolger Ludendorffs, zwar sei er ebenso wie Scheidemann ein überzeugter Republikaner, „aber die Frage: Monarchie oder Republik habe vorläufig für sie nur eine theoretische Bedeutung. In der Praxis würden auch sie sich mit der Monarchie mit parlamentarischem System abfinden. Er rate daher dem General Groener dringend, die letzte Gelegenheit zur Rettung der Monarchie zu ergreifen und die schleunige Beauftragung eines der kaiserlichen Prinzen mit der Regentschaft zu veranlassen.“^[20]

Während in Berlin noch über die Abdankung des Kaisers und die Rettung der Monarchie gestritten wurde, war die Revolution längst in vollem Gange. Seit dem 29. Oktober hatten sich auf den Hochseegeschwadern die Dienstverweigerungen gehäuft. Immer mehr Matrosen lehnten es ab, ihr Leben für eine Unternehmung aufs Spiel zu setzen, die nur als Anschlag auf die Friedensbemühungen der Reichstagsmehrheit verstanden werden konnte. In der Marine, die seit der Skageraksschlacht vom Mai 1916 kaum noch zum militärischen Einsatz gekommen war, hatte es bereits im Sommer 1917 die ersten Meutereien gegeben. Das Zusammenleben auf engem Raum, die Eintönigkeit des Dienstes, der provozierende Gegensatz in den Lebensbedingungen von Mannschaften und Offizieren riefen ein Klima von Frustration und Aggressivität hervor. „Bei der Marine sei die Sache sehr schlimm, weil die Leute zum Teil 7 Jahre bereits in der Front (Fron?) seien und auf den Schiffen wie in einer Hölle lebten“, urteilte Scheidemann am 4. November im Kriegskabinett. Die Vorbereitungen zum